DURCHBLICK

Nr. 187 - August 2015

Nachrichten der Seniorenvertretungen in den Stadtgemeinden Bremen und Bremerhaven

Bundesverdienstkreuz für Emmy Brüggemann

Im Kaminsaal des Bremer Rathauses wurde am 30. Juni 2015 Emmy Brüggemann, die langjährige ehrenamtliche Mitstreiterin und Ehrenvorsitzende der Seniorenvertretung in der Stadtgemeinde Bremen mit dem Bundesverdienstkreuz am Bande ausgezeichnet. Überreicht wurde ihr der vom Bundespräsidenten verliehene Orden von der Staatsrätin Carmen Emigholz. Sie vertrat bei dieser Ehrung den erkrankten Bürgermeister Jens Böhrnsen und würdigte in ihrer Ansprache Emmy Brüggemanns ehrenamtliches Engagement für die Gesellschaft, insbesondere für die Menschen in ihrem Stadtteil und allgemein für die Generation 60plus. In ihrer Ansprache ließ sie die herausragenden Leistungen der 87jährigen hochgeschätzten Bürgerin Bremens noch einmal Revue passieren.

Emmy Brüggemann war schon immer eine politisch und gesellschaftlich interessierte und aktiv handelnde Frau, die das Wir über das Ich, die Solidarität untereinander über die Egozentrik gestellt hat. Sie erkannte schon früh, dass man nur miteinander, aber nicht gegeneinander, nur friedlich, bedacht und kompromissbereit, aber nicht mit Scheuklappen und Gewalt für die Menschen gerechtere, bessere Lebensverhältnisse schaffen kann. Sie gehört auch zu denjenigen, die überzeugt sind, dass eine Demokratie nur dann funktioniert, wenn man das Gemeinwohl nicht aus den Augen verliert.

Seit November 1987 setzte sie sich als Beiratsmitglied im Ortsbeirat West (Walle) für die Anliegen ihrer Mitbürger/-innen im Stadtteil ein. Als Mitglied des Bauausschusses galt ihre Aufmerksamkeit vorrangig den Verkehrsfragen und der Situation des Lebens- und Wohnumfeldes ihrer Mitbürger/-innen. Außerdem beschäftigte sie sich intensiv mit Themen wie Barrierefreiheit, Altenhilfe, Pflege- und Betreuungswesen. Die vor Ort gesammelten Erfahrungen trugen dann auch in der Bremer Seniorenvertretung dazu bei, den Blick auf die anstehenden Probleme zu erweitern und Strategien zur Umsetzung besserer Lösungen zu entwickeln.

Die Bremer Seniorenvertretung lag ihr besonders am Herzen; denn für sie engagierte sie sich bereits seit 1978. Sie gehörte damals zu den Gründungsmitgliedern und hat maßgeblich zur Anerkennung der Seniorenvertretung durch den Bremischen Senat beigesteuert. Viele Jahre war sie als stellvertretende Vorsitzende und Beisitzerin im Vorstand der stadtbremischen SV tätig. Nachhaltig hat sie sich auch für die Gründung einer Landesseniorenvertretung (LSV Bremen) eingesetzt, weil sie wusste, dass ein Zusammenschluss der Interessenvertretungen von Bremen und Bremerhaven sowohl in der Politik als auch in der Verwaltung mehr bewirkt und letztlich auch eher Erfolge bringen kann. Von 1993 bis 2007 hat sie als Vorsitzende, danach als stellvertretende Vorsitzende die LSV geführt und auch wesentlich zu deren offizieller Anerkennung 2001 beigetragen.

Emmy Brüggemann setzte sich mit hohem Zeitaufwand und trotz aller Mühen weit über das alltägliche Maß hinaus für die Anliegen der Generation 60plus ein. Sie galt überall als umgänglich, zuverlässig, ehrlich, beharrlich und sachorientiert. 1993 wurde sie von der Bundesseniorenvertretung nach

(Fortsetzung auf Seite 2)

(Fortsetzung von Seite 1)

Lillehammer (Norwegen) entsandt, um dort über die Entwicklung der Seniorenvertretungen, insbesondere in Bremen, zu referieren. Sie hat auch viele Gelegenheiten wahrgenommen, in und außerhalb Bremens an Fortbildungsveranstaltungen teilzunehmen oder über die Positionen der Bremer Seniorenvertretung zu informieren.

Wenn es nötig erschien, verzichtete Emmy Brüggemann aber auch nicht darauf, für eine sinnvolle Sache auf die Straße zu gehen. So organisierte sie 1993 und 1994 Demonstrationen auf dem Bremer Marktplatz für die Erhaltung von Begegnungsstätten, gegen die Mittelkürzungen bei der Altenhilfe und für die Einrichtung einer Pflegeversicherung. Nicht zuletzt verdanken wir ihrem Engagement, dass bisher in Bremen trotz aller Sparmaßnahmen noch soziale Aspekte der älteren Generation berücksichtigt und gefördert werden. Sie hat sich um Bremen und um unsere Gesellschaft verdient gemacht.

Ende September 2014, also nach über 35 Jahren Einsatz für die Menschen in ihrem Stadtteil und für die Seniorinnen/Senioren in Bremen, nahm sie aus Altersgründen ihren Abschied, der ihr sicher nicht leicht fiel, aber nun durch die Ehrung mit dem Bundesverdienstkreuz von höchster Stelle mit einem besonderen Zeichen des Dankes für ihr langjähriges ehrenamtliches soziales Engagement verbunden wurde.

Die Seniorenvertretungen im Land Bremen gratulieren Emmy Brüggemann herzlich zu dieser verdienten Ehrung, danken ihr für den unermüdlichen Einsatz und wünschen ihr noch viele schöne Jahre im Kreise ihrer Familie. Wir hoffen auch, dass wir sie noch häufig auf den Delegiertenversammlungen begrüßen und vielleicht auch ab und zu noch aus ihrem großen Erfahrungsschatz schöpfen dürfen.

GF

11. Deutscher Seniorentag – ein Erfolg

Die Vorsitzende der Bundesarbeitsgemeinschaft der Senioren-Organisationen (BAGSO), Prof. Dr. Ursula Lehr, zeigte sich sehr zufrieden mit dem Ergebnis des 11. Deutschen Seniorentages und der Messe SenNova vom 02. bis 04.Juli 2015 in Frankfurt/Main. Rund 15.000 Besucher nahmen – trotz tropischer Temperaturen außerhalb des Congress Centers – das vielfältige Angebot begeistert an. Auch Delegierte aus der Bremer Seniorenvertretung und ihr Vorsitzender, Joachim Schwolow, haben teilgenommen.

Großen Anklang fand bereits die Festveranstaltung zur Eröffnung der Tagung, an der auch die Bundeskanzlerin Angela Merkel teilnahm. In ihrer Begrüßungsrede hob sie die gesellschaftliche Bedeutung der alten Menschen hervor: „Seien wir ehrlich: Seniorinnen und Senioren werden gebraucht – in politischen Fragen, als Ansprechpartner für seniorenspezifische Belange und natürlich auch im Alltagsleben.“... „Ihr Wissen und Erfahrungsschatz sind einfach Gold wert – nicht nur für sie, für ihr eigenes Leben und ihre Generation, sondern auch für unsere gesamte Gesellschaft“. Aktive Ältere brauche das Land. Aber die Bundeskanzlerin forderte die Seniorinnen/Senioren auch auf, sich eine Offenheit für Neues zu bewahren. Eine Gesellschaft könne nur menschlich sein, wenn alle Generationen sich gegenseitig ernst nähmen und unterstützten, betonte die Bundeskanzlerin.

„Gemeinsamkeit bedeutet, zusammen vereint den neuen Herausforderungen zu begegnen. Das heißt, alte und junge Menschen aller Generationen, Einheimische und Zugewanderte, Gesunde und Kranke, Menschen aus allen Ländern: Wir alle brauchen Flexibilität, Offenheit Neuem gegenüber, Solidarität und Toleranz. Wir sollten, auf Traditionen aufbauend und Neuem gegenüber aufgeschlossen, gemeinsam die Zukunft gestalten“, resümierte Prof. Ursula Lehr, Vorsitzende der BAGSO.

Das vielschichtige Angebot in über 100 Veranstaltungen stieß auf großes Interesse, viele Säle platzten aus den Nähten. Die drei Tage gaben einen umfassenden Überblick und viele Informationen und Anregungen rund um das Thema „Älter werden“. Viele Mitmachaktionen boten den Besuchern auch Gelegenheit, sich aktiv zu beteiligen.

Ein wahrer Publikumsmagnet war das Publikumsgespräch mit Franz Müntefering, Bundesminister a.D., und Dr. h.c. Petra Roth, Oberbürgermeisterin a.D., sowie Schülerinnen und Schülern des Frankfurter Lessing Gymnasiums. Die Diskussion zwischen den Generationen zeigte schnell, dass das gegenseitige Interesse sehr groß war. Auch eine Studie, die von Schülerinnen und Schülern der Oberstufe im Rahmen eines Schulprojektes durchgeführt wurde, bestätigte, dass die Jugend von den Erfahrungen und dem Wissen der Älteren profitiert. Die Schüler trafen auf sehr aufgeschlossene und aktive Teilnehmerinnen und Teilnehmer, die ihnen gern Rede und Antwort standen. Es zeigte sich, dass Junge und Alte in ihren Wertevorstellungen gar nicht so weit auseinander liegen. Müntefering appellierte an die Jugend: „Sorgt dafür, dass die Welt morgen so ist, wie Ihr sie wollt, mischt Euch ein!“

Auch die Fachmesse SenNova fand großen Anklang. Über 250 Aussteller informierten über innovative Dienstleistungen und Produkte. Besonders beliebt waren die Angebote zum Mitmachen.

Weitere Informationen unter: www.bagso.de

(**Quelle:** BAGSO-Pressemitteilungen 11/13 2015)

Flexible Gestaltung des Renteneintritts BAGSO im Gespräch mit Bundeskanzlerin Merkel

Im Gespräch mit Bundeskanzlerin Merkel sprach sich der Vorstand der Bundesarbeitsgemeinschaft der Senioren-Organisationen (BAGSO) für individuelle und flexible Lösungen beim Renteneintritt aus.

Das Positionspapier, das die BAGSO-Vorsitzende und frühere Bundesfamilienministerin Prof. Dr. Ursula Lehr der Bundeskanzlerin übergab, benennt sowohl arbeitsmarktpolitische Maßnahmen als auch notwendige Anpassungen im Rentensystem: Vorrangiges Ziel muss sein, den Anteil derjenigen zu erhöhen, die bis zum Erreichen des gesetzlichen Rentenalters einer sozialversicherungspflichtigen Tätigkeit nachgehen; zurzeit liegt dieser Anteil bei nur 25 %. Die Möglichkeiten eines gleitenden Übergangs müssen, auch über das Regeleintrittsalter hinaus, verbessert werden. Die BAGSO-Verbände fordern aber auch einen sozialen Ausgleich zwischen denen, die länger arbeiten können und wollen, und denen, die dazu nicht in der Lage sind. Sie sind daher für eine Beibehaltung des halben Beitrags, den Arbeitgeber bei der (Weiter-)Beschäftigung von Vollrentnern in die gesetzliche Rentenversicherung zahlen müssen (sog. isolierter Arbeitgeberbeitrag), sowie für weitere Verbesserungen bei der Erwerbsminderungsrente. Das vollständige Positionspapier steht unter www.bagso.de zum Download bereit.

Im Koalitionsvertrag hatten die Regierungspartner vereinbart, den rechtlichen Rahmen für flexiblere Übergänge zu verbessern. Eine 2014 eingesetzte Arbeitsgruppe, der Vertreter beider Regierungsfraktionen angehören, soll hierzu Vorschläge erarbeiten.

(**Quelle:** Pressemitteilung der BAGSO 5/2015)

Seniorenforum

Das DRG-Vergütungssystem für Krankenhäuser sorgt für finanzielle Anreize und für eine Überversorgung

Diese Feststellung trifft für unser Land die internationale Organisation für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD). Dabei spricht sie von einem Überangebot von Krankenhausleistungen. Nicht nur aus medizinischen Gründen, so neutrale Fachleute, ergeben sich Jahr für Jahr unglaubliche Fallsteigerungen. Mittlerweile beträgt der Zuwachs zwischen 2005 und 2014 über 15%! Nein, unsere Bevölkerungsanzahl hat nicht zugenommen, wir Bürger/-innen sind auch nicht kränker geworden. Wohl macht sich der Alterungsprozess bemerkbar, aber nur um wenige Punktzahlen.

Wenn selbst die OECD ein Überangebot feststellt, dann liegt es meines Erachtens in erster Linie an einer zu engen Zusammenarbeit in Fragen der „notwendigen“ stationären Behandlungserfordernisse zwischen den niedergelassenen Orthopäden, Internisten u.a. und den örtlichen oder regionalen Krankenhäusern. Natürlich sind es nur Vermutungen der Fachleute, aber die kennen sich sicher besser aus als die Politik. Das DRG-Fallpauschalen-System lädt darüber hinaus dazu ein, weitere Therapiemaßnahmen im Krankenhaus anzugehen, die im Laufe der Diagnostikabklärungen festgestellt wurden. In einem hohen Prozentsatz werden dann weitere Fallpauschalen zusammen mit der eigentlichen Einweisungserfordernis berechnet, nachdem die weiteren diagnostischen Ergebnisse ebenfalls behandelt wurden.

In den letzten drei Jahren sind Operationen an der Wirbelsäule um 35% und Eingriffe an der Bandscheibe um 25% angestiegen. Für Hüft- und Knieoperationen werden Steigerungsraten von 27% angenommen.

Ist es da ein Wunder, dass die Einnahmen für Krankenhausleistungen und die für ambulante ärztliche Behandlungen aus den Beiträgen der Gesetzlichen Krankenversicherung im Vergleich von 2008 zum Jahr 2014 um insgesamt 23 Milliarden Euro angewachsen sind? Getrennt nach den beiden Bereichen sind in diesem Zeitraum jeweils 30% Ertragssteigerungen zu verzeichnen, die die Mitglieder der Krankenkassen gezahlt haben.

Besonders erschreckend sind im Krankenhaus die jährlichen Komplikationsraten. In Fachkreisen geht man davon aus, dass Komplikationen im Schnitt bei 10% aller Eingriffe auftreten. Da kann man schon an den Begriff „Körperverletzung“ denken. Leider scheint die Devise „Umsatz um jeden Preis“ im Medizinbetrieb Krankenhaus bereits weit verbreitet.

Bei diesen Gegebenheiten kann man sich fragen, wie diese Entwicklung zu stoppen ist. Aus meiner Sicht sehe ich folgende Notwendigkeiten, die von der Legislative (Bund und Länder) veranlasst werden müssten:

Die Überversorgung ist nur zu beseitigen, wenn die jetzigen Strukturen der Krankenhauslandschaft wesentliche Änderungen erfahren. Solange aber die Bundesländer für eine flächendeckende Landesplanung zuständig sind, ist mit dem Abbau des Überangebotes nicht zu rechnen. Dazu würde in erster Linie die Beseitigung der Allgemeinen Krankenhäuser (Stadt- und Kreiskrankenhäuser) und die Schaffung einer flächendeckenden stationären Schwerpunkt- und Fachversorgung gehören. Die zu schließenden Allgemei-

(Fortsetzung auf Seite 4)

(Fortsetzung von Seite 3)

nen Krankenhäuser sollten möglichst in ambulante Fachzentren umgewandelt werden.

Als weitere Änderung sehe ich die Notwendigkeit, die finanziellen Anreize durch eine grundlegende einheitliche Vergütungsneuregelung je Klinik zu ersetzen. Auf meiner Website (www.guenter-steffen.de) habe ich diesbezüglich konkrete Vorstellungen näher beschrieben.

Die Parteien hören eigentlich derartige Vorstellungen mit Wohlwollen, sie werden aber von Ideologen, von der Kommunalpolitik und von Lobbyisten so beeinflusst, dass keine Änderungen ernsthaft diskutiert werden. Mich persönlich ärgert besonders, dass sich die von den Beitragszahlern gewählten Verwaltungsräte auch bei diesem Thema ausschweigen. Klar ist, der Beitragszahler bezahlt über seine Bruttoeinkünfte diese „Misere“, wenn sie auch gemildert wird durch tarifliche Gehaltsanhebungen und minimale Rentensteigerungen. Günter Steffen, Lemwerder

(**Anmerkung der Redaktion:** DRG: Diagnosis Related Groups - diagnosebezogene Fallgruppen)

Leserbrief zum Problem Campus Ohlenhof (Artikel im Weser-Kurier v. 08.07.15):

Unglaublich!

Fühlen sich die verantwortlichen Politiker angesichts des Wahlergebnisses vom 10.05.2015 in Bremen eigentlich so mächtig, daß sie mit einem "knappen Satz" das Schulprojekt Campus Ohlenhof in Gröpelingen "für nichtig" erklären können? Die Kosten von 32 Millionen Euro, wegen denen die Bildungssenatorin Eva Quante-Brandt den Neubau gestoppt hat, sollen "völlig aus der Luft gegriffen"sein, sagen Rolf Vogelsang und Mitglieder der SPD-Stadtteilbeiratsfraktion in Gröpelingen.

Mit dieser Maßnahme hat die Bildungssenatorin in sehr unpassender Art und Weise ihrer Nachfolgerin ein richtiges politisches Kuckucksei ins Nest gelegt. Wie soll sie "dieses Schlüsselprojekt für den Bremer Westen" nun behandeln? Ich bin wirklich gespannt.

Mit dem französischen Philosophen Hippolyte Taine möchte ich an die verantwortlichen und mächtigen Bremer Politiker appellieren: "Je mächtiger man ist, desto eher ist man verpflichtet, gerecht zu sein, und stets bleibt EHRLICHKEIT die vorteilhafteste Politik."

Hans-Ulrich Janetzki, Bremen

Ich bin geimpft - und Sie?

Bei chronisch Kranken und Menschen im Alter 60-plus können die körpereigenen Abwehrkräfte so geschwächt sein, dass eine Pneumokokken-Erkrankung auftreten kann.

Pneumokokken sind Bakterien, die Auslöser von schweren Infektionen sein können. Dazu gehört u.a. die Erkrankung an einer Lungenentzündung. In öffentlichen Verkehrsmitteln können Sie sich durch Husten, Niesen oder im Gespräch anstecken. Das könnte lebensgefährlich werden.

Beugen Sie einer Lungenentzündung durch eine Pneumokokken-Impfung vor. Sprechen Sie mit Ihrem Arzt. Ihre Krankenkasse übernimmt die Kosten für die Impfung. Karin Fricke

Das Seniorenforum ist eine Rubrik, die allen interessierten Mitgliedern der Seniorengeneration die Möglichkeit bietet, ihre Meinungen und Gedanken vorzutragen. Die Beiträge werden von der Redaktion aus den Zuschriften ausgewählt, können gekürzt werden und geben die persönliche Auffassung ihrer Verfasser wieder. Voraussetzung für die Veröffentlichung ist, dass der Name des Autors genannt wird und dessen postalische Adresse vorliegt. Ein Anspruch auf Veröffentlichung besteht nicht.

Zur Diskussion gestellt

von Gerd Feller

Abbau von Stadtteil - Infrastruktur

Es ist schon ärgerlich, wenn man erfährt, dass im heimischen Ortsteil die einzig verbliebene Filiale eines Geldinstituts geschlossen werden soll, nachdem man vor kurzer Zeit gerade seine Konten von der Innenstadt dorthin verlagert hat, um aus Altersgründen längere und oft auch kostspielige Wege zu den Versorgungseinrichtungen für den täglichen Bedarf zu vermeiden.

In meinem Fall handelt es sich um die Sparkasse. Es geht das Gerücht um, dass die Sparkasse in Bremen wieder mal plant, Filialen ganz zu schließen oder durch Automatenräume zu ersetzen.

Gegen solche Rationalisierungsmaßnahmen hat die Bremer Seniorenvertretung bereits am 09. März 2009 in einem Gespräch mit der Sparkassenleitung erhebliche Bedenken vorgetragen. Sparkassen sind definiert als Kreditinstitute mit der Aufgabe, für die Bevölkerung Möglichkeiten zur sicheren und verzinslichen Geldanlage und zur Befriedigung von Kreditbedürfnissen zu schaffen, wobei es als Hauptzweck nicht um die Gewinnmaximierung gehen sollte. Sie entstanden

(Fortsetzung auf Seite 5)

(Fortsetzung von Seite 4)

im 19.Jh. vor allem für die Geldgeschäfte sozial schwächerer Kunden. Ihnen sollten kleinste Kapitalanlagen und deren Verzinsung zur Risikovorsorge im Alter oder bei Krankheit gewährleistet werden (vgl. Wikepedia). Wenn auch im Laufe der Zeit die einst strengen Geschäftsauflagen gelockert und inzwischen alle Bankgeschäfte erlaubt wurden, so sind die Sparkassen als überwiegend öffentlich-rechtliche Kreditinstitute doch noch mehr als andere Banken zu sozialem Engagement verpflichtet. In diesem Punkt hat damals die Sparkassenleitung der Bremer Seniorenvertretung zugestimmt. Es wurde auch zugesagt, bei der Neuordnung des Filialwesens die veränderte Bevölkerungssituation nicht aus dem Blick zu verlieren, also den demografischen Wandel mit der Zunahme älterer und auch behinderter Menschen in den Stadtteilen zu beachten.

Werden wir mal konkret. Ich wohne im Ortsteil Lehesterdeich des Stadtteils Horn-Lehe. Weitere Ortsteile sind Horn und Lehe. Dort gibt es drei Sparkassenfilialen. Die Versorgungsreichweite ist für mich im Moment noch akzeptabel: minimal 500m Hinweg bis zur Filiale an der Kopernikusstraße, maximal ca. 2 km bis zur Filiale an der Wilhelm-Röntgen-Straße. Der Stadtteil Borgfeld kann dabei als Versorgungsbereich noch einbezogen werden. Zur Filiale Berckstraße in Horn müsste ich bereits 3,5 km gehen oder fahren. Für Menschen mit Gehhilfen sind 2 km allerdings schon ein großes Problem. In diesem gesamten Areal wohnen ca. 33.000 Menschen, davon zählen 9.542 (ca.29%) zur Generation 60plus. Tendenz: wachsend! Für sie hält also die Sparkasse augenblicklich diese vier Filialen vor. Wird die Filiale Kopernikusstraße aufgelöst, wächst die Reichweite zu einer personell besetzten Sparkasse für mich von 0,5 km auf 2 km. Für die vielen anderen Kunden werden die Auswirkungen ähnlich sein. Es ist auch nicht sicher, ob hier nicht noch eine zweite Filiale oder gar eine dritte geschlossen wird. Dann wird der Weg, vor allem für meine gehbehinderte Frau (noch mit Rollator) länger, mühsamer und wohl auch kostspieliger.

Man kann ersatzweise Automatenräume einrichten. Aber erfahrungsgemäß gibt es altersbedingt damit oft Probleme, auch für Menschen, die schon jahrelang mit einem PC umgehen können. Lese- und Konzentrationsschwäche, Konflikte mit bestehenden oder neuen Programmen und technische Störungen können erhebliche Irritationen und viel Ärger auslösen, und dann fehlen die direkte Hilfe und der Zuspruch der Angestellten vor Ort. Außerdem stehen Ältere einer Selbstbedienung zunehmend kritisch gegenüber. Sparkassen werden von ihnen häufig als Begegnungsstätten angesehen, wenn auch nur kurzzeitige. Die Seniorinnen/Senioren sind der Sparkasse über viele Jahre treue Kunden geblieben und empfinden den Filialverlust als Minderung ihrer Lebensqualität.

Die Filialschließungen, die wir Bremer bisher schon bei Sparkasse und Post erleben mussten, die Reduzierung der Polizeireviere und der Rückgang des Einzelhandels in den kleineren Einkaufszentren, z.B. auch an der Kopernikusstraße in Horn-Lehe, tragen in fast allen Stadtteilen zur Vernichtung einer unserem Wohlstand angemessenen Versorgungsinfrastruktur bei.

Diese Entwicklung hat nicht nur eine persönliche Dimension. Es geht allgemein um die Frage, wie wir uns zukünftig die Versorgung der Menschen in den zentrumsfernen Stadtteilen vorstellen, vor allem in denjenigen, die nach 1945 neu entstanden sind. Man errichtete damals Neubaugebiete auf der grünen Wiese nach den Vorstellungen der Charta von Athen (1933) als sogenannte Gartenstädte. Die Vahr z.B. galt als Vorbild. Zur Konzeption gehören die Versorgungseinrichtungen für den täglichen Bedarf, also jeder Stadtteil soll sein eigenes Einkaufs- und Dienstleistungszentrum haben. Wenn auch dieses Leitbild teils zu einer Verödung der Kernstädte geführt hat, kann man jetzt nicht einfach den Stadtteilen die wichtigsten Infrastruktureinrichtungen wieder nehmen. Der Trend geht allerdings in diese Richtung.

Dahinter stecken keine Überlegungen zu einer bürgernahen künftigen Stadtentwicklung. Die Sparkasse denkt in erster Linie ökonomisch, was verständlich ist. Sie versucht wie viele Geldinstitute, sich auf die gegenwärtigen Probleme des Finanzmarktes einzustellen. Das ist verständlich. Aber geht sie dabei nicht zu weit, wenn sie ihr soziales Engagement und ihre Kundennähe - im wahrsten Sinne des Wortes - weiter abbaut?

So besteht berechtigt bei vielen Älteren die Sorge, dass die Erreichbarkeit von Dienstleistungen und Handel allmählich immer schwieriger wird.

Wie man hört, betreffen die Pläne der Sparkasse zur Filialschließung auch andere Stadtteile. Da scheint es sinnvoll zu sein, dass sich die Bremer Seniorenvertretung hier erneut einschaltet und Kontakt zur Sparkasse aufnimmt. Wenn Standorte aufgegeben werden, sollten ihre Standortfaktoren, z.B. auch die Erreichbarkeit unter Berücksichtigung des öffentlichen Nahverkehrs, gründlich untersucht werden. Vielleicht erinnert man sich unserer Argumente, und vielleicht besteht dort im Gegensatz zum sonstigen Bankwesen noch etwas von dem ursprünglichen sozialen Engagement und dem Verantwortungsbewusstsein für die Kundschaft, besonders für die ältere.

Aus der Senioren-Vertretung der Stadtgemeinde Bremen

Es tut sich nichts beim PLD !

Seit drei Jahren existiert der Runde Tisch Hospiz- und Palliativ-Versorgung (RTHP), an dem sich die Vertreter der senatorischen Dienststellen Soziales und Gesundheit, der Institutions- und Berufsverbände, der Kranken- und Pflegekassen sowie der Betroffenen zusammensetzen, um der Bremischen Bürgerschaft bei der Lösung von Problemen im Bereich der Hospiz- und Palliativ-Versorgung im Bundesland zuzuarbeiten.

Auf seiner 7.Sitzung im Dezember 2013 beschäftigte sich der RTHP mit dem Schwerpunktthema Palliativer Liaisondienst (PLD). Es wurde beschlossen, der kommunalen Politik die Einführung eines PLD, wie er bereits am Klinikum Links der Weser erfolgreich erprobt wurde, an allen Bremer Krankenhäusern zu empfehlen, um eine schnelle, gezielte ambulante oder stationäre Versorgung für schwerstkranke Patientinnen/Patienten zu gewährleisten. Der DURCHBLICK berichtete in seiner Nr. 169 darüber.

Die Empfehlung wurde ausgesprochen, aber bisher tat sich wenig. Als Mitglied des RTHP hatte die Bremer Seniorenvertretung schon im Laufe des Jahres 2014 zu diesem Thema nachgefragt und erhielt lediglich ein Schreiben des Senats mit der Mitteilung, dass die Forderung der Seniorenvertretung nach Einrichtung von PLD´s an den Krankenhäusern im Lande Bremen auf der Senatssitzung vom 21.01.14 behandelt worden sei. Anfang Januar 2015 kam noch eine Nachricht, das Thema werde demnächst behandelt. Das war´s!

Auf der 9.Sitzung des RTHP am 11.06.2015 erwarteten die Vertreter der Betroffenen neue Informationen zum Stand der Dinge. Niemand konnte Auskunft erteilen, vor allem auch deswegen nicht, weil der Vertreter des Gesundheitssenators nicht teilnehmen konnte. Kurz und gar nicht gut: Es hat sich nichts in der Entwicklung eines PLD bewegt. Das ist traurig; denn alle Krankenhäuser haben mit schwerstkranken Menschen zu tun, aber es fehlen häufig die Akzeptanz der Palliativmedizin, ausreichendes Fachwissen und entsprechende Organisationsstrukturen.

Wie gerade ein Fall beweist, mangelt es an pallitivmedizinisch ausgebildeten Fachkräften, die bei Entscheidungen über weitere Behandlungsschritte sowohl die rein medizinischen Aspekte als auch die unterschiedlichen Wünsche der Patienten, die Situation ihres privaten Umfeldes und die Möglichkeiten der Kliniken beachten. Da wird ein sterbenskranker Patient mit fortgeschrittenem Pleuramesotheliom (todsicheres Karzinom durch Asbest) wegen des Verdachts eines zusätzlichen Herzinfarkts vom Klinikum Ost ins Klinikum Links der Weser (KldW) transportiert, bleibt dort 2 Tage zur Beobachtung und zu kardiologischen Therapien und wird dann noch trotz der sichtlichen Lebensendphase wieder zurücktransportiert zum Klinikum Ost, wo er am darauffolgenden Tag nach weiterem Leiden verstirbt. Da hat anscheinend selbst am KldW, das bereits über einen PLD verfügt, die Kommunikation der Internisten und Kardiologen mit den Medizinern der Palliativstation vor Ort überhaupt nicht funktioniert. Solche Abläufe wider alle palliativmedizinischen Erkenntnisse lassen sich auch nicht mit dem Arbeitsdruck und dem Arbeitsklima an den Kliniken entschuldigen. Das ist für die Klinik peinlich und für den Patienten unwürdig!

Weil man in Bremen mit der Entwicklung der Palliativmedizin nicht weiterkommt, hat Mark Castens, der zum Thema Hospiz- und Palliativ-Versorgung schon mehrere Petitionen eingereicht hat (s. DURCHBLICK 182, März 2015), eine weite-re Petition bei der Bremischen Bürgerschaft vor-gelegt. Aufgrund der Erfahrungen mit dem RTHP und der Aussagen im Koalitionsvertrag zu weiteren Verbesserungen der Hospiz- und Palliativversorgung in Bremen fordert er eine strukturelle Veränderung des RTHP. Dieser soll stärker in die politischen Entscheidungen einbezogen werden. Die Bremer Seniorenvertretung unterstützt diese Petition.

Gerd Feller

Aktivitäten aus den Wohnquartieren

Gröpelingen

Gruppenbetreuung für Demenzerkrankte

Im **Bewohnertreff „Auf der Düne“** in **Gröpelingen** bieten die Johanniter eine Gruppenbetreuung für demenziell erkrankte Personen an. Dieses niedrigschwellige Betreuungsangebot ist im Sinne des § 45 b SGB XI anerkannt und kann bei Vorliegen der gesetzlichen Voraussetzungen über die Pflegekasse abgerechnet werden.

Anspruchsberechtigt sind Personen mit eingeschränkter Alltagskompetenz. Bei maximaler Förderung ist ein Leistungsumfang von bis zu 26 Stunden ohne Zuzahlung möglich. Die pflegenden Angehörigen werden entlastet, die Betroffenen gefördert, und sie erfahren Ablenkung vom Alltag.

Wo: Bewohnertreff der Johanniter, Auf der Düne 9, 28239 Bremen, Tel.: (0421) 53 696 51

Wann: jeden Dienstag

(Fortsetzung auf Seite 7)

(Fortsetzung von Seite 6)

Gruppengröße: 3 bis 6 Personen
Zeit: 10 bis 13 Uhr
Sonderleistung: Beförderung mit dem Johanniter-Fahrdienst und Mittagsverpflegung nach Absprache. Sollten Sie Interesse an unserer Betreuungsgruppe haben oder weitere Informationen wünschen, **sprechen Sie uns an.**

Altstadt

Rollstuhl zum Ausleihen

Die Bremer Touristik-Zentrale macht auf ein neues Angebot aufmerksam. Bremen gilt zwar als Stadt der kurzen Wege, aber eine Erkundungstour kann lange dauern, denn es gibt viel zu sehen.

Wen die Füße nicht so weit tragen, der kann kostenlos einen Rollstuhl in der Tourist-Information Marktplatz/Langenstraße 2 ausleihen. Zur Sicherheit wird lediglich um ein Pfand von 50,00 € sowie die Kopie des Personalausweises gebeten.

Daten und Fakten:
Sitzbreite 48 cm, Sitztiefe 42 cm
Rückenhöhe 43 cm, Sitzhöhe 50 cm
Für Körpergewicht bis 130 kg
Inkl. Trommelbremse für die Begleitperson
Kontakt: Service-Telefon: (0421) 30 80 01 0
E-Mail: riebl@bremen-tourism.de)
(**Quelle:** Pressemitteilung BTZ)
(**Anmerkung der Redaktion:** Die Hinweisschilder auf den Standort der Touristik-Zentrale in der Innenstadt könnten größer und damit sichtbarer gestaltet werden.)

Neues aus dem Begleitausschuss „Stadtführer Barrierefreies Bremen“

Am 03.07.15 hat erneut der Begleitausschuss „Stadtführer Barrierefreies Bremen für Menschen mit Behinderung“ getagt und die bisher zusammengetragenen Daten veröffentlicht. Berichtet wurde über den Stand der aktuellen Erhebungen und der aktuellen Nutzung. Außerdem wurde ein Flyer und Audioguide zum neuen Stadtrundgang „Bremen bunt und grün“ vorgestellt. Vorgeschlagen wurden auch eine Bewerbung des Stadtführers bei „Ausgezeichnete Orte im Land der Ideen“.

Es wurden weitere Erhebungen in Schwimmbädern und Sportanlagen vorgenommen mit dem Ziel, vermehrt Barrierefreiheit herzustellen. Außerdem wurden Bankfilialen und Bankautomaten auf Barrierefreiheit überprüft. Schwierigkeiten gibt es mit der Bahn und Teilen der Bahnhöfe. Lediglich auf der Strecke Bremen-Vegesack-Farge ist man ein Stück weitergekommen. Erhebungen in Behörden, Schulen, Polizeistationen und Postämtern sind wegen der verschiedenen Kompetenzträger schwierig. Leichter findet man bei Universität und Hochschulen offene Ohren für den Bedarf an Barrierefreiheit. Die Anbieter der barrierefreien „netten Toiletten“ sollen auch im Stadtführer aufgenommen werden. Probleme gibt es noch bei den Arztpraxen, von denen nur 60% an den Erhebungen teilnehmen. Der Begleitausschuss will sich mit den Reiseunternehmen vernetzen, damit auch sie für Touristen auf die barrierefreie Nutzung von Einrichtungen hinweisen. Der Stadtführer ist im Internet unter www.bremen.de/barrierefrei einzusehen und unter www.barrierefrei@bremen.de schriftlich zu erreichen. Die Flyer können in der Bremer Touristik-Zentrale, Marktplatz/Langenstraße 2 bezogen werden. Ernst Benthien

Gaunereien durch internationale Banden

Kurz hintereinander wurde versucht, mich telefonisch abzuzocken. Es begann mit dem Enkeltrick. Die Ganoven riefen aus Oldenburg an, gerieten aber an den Falschen. Meine Enkelkinder befinden sich in Berlin, Lübeck und München. Nur mein Bruder hat Enkelkinder in Oldenburg, die sich jedoch in Norwegen aufhalten.

Dann bekam ich einen merkwürdigen Anruf auf mein Handy. Es meldete sich eine Postnachsendestelle und verwies auf eine Postsendung mit unvollständiger Anschrift, die deshalb nicht nachgesendet werden könne. Da ich zur gleichen Zeit Farben für meinen Drucker bestellt hatte, gab ich meine Anschrift an. Nach Ende des Gesprächs fand ich das alles sehr merkwürdig und rief einen mir bekannten Kriminalkommissar an. Auf dem Handy war noch die Telefonnummer des Anrufers gespeichert, aber der Kriminalkommissar hatte mit einem Rückruf keinen Erfolg. Aus Erfahrung sagte er mir, dass in ca. 14 Tagen mit einer Rechnung unter falschem Namen gerechnet werden könnte. Im Abstand von zwei Wochen erschienen tatsächlich Rechnungen, zuerst in Höhe von 90 €, dann 135 € und zuletzt 195 €. Aufgegeben waren sie in Prag von einer Firma und per Post in Fulda weitergeleitet. Nach der dritten Rechnung stellte ich bei der Polizei Strafantrag wegen Betrugs. Da es sich aber um eine ausländische Firma handelt, wird das Ganze wohl ins Leere laufen.

In einem weiteren Fall erreichte mich im Internet eine Nachricht des DHL, es läge ein Paket zur Zustellung bereit. Es war in Polen aufgegeben worden. Sofort habe ich im Internet die Annahme des Pakets verweigert, damit es keine weiteren Komplikationen gibt.

(Fortsetzung auf Seite 8)

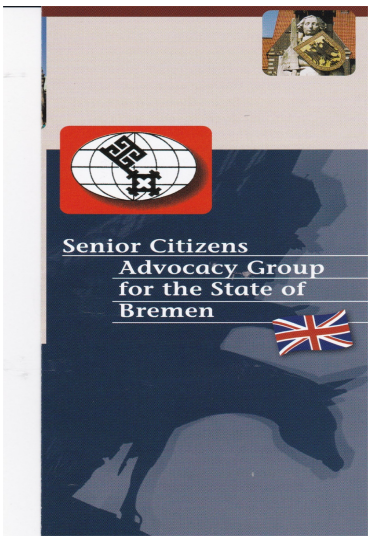
(Fortsetzung von Seite 7)

Ich erzähle von diesen Erfahrungen, um allen Seniorinnen/Senioren zu empfehlen, fragwürdige Telefonanrufe sofort abzubrechen, keine Adressen oder anderen Daten herauszugeben, nichts am Telefon zu verhandeln und zu entscheiden, die Annahme unbekannter Postsendungen zu verweigern und auch keinerlei Zahlungsaufforderungen nachzukommen. Die Gaunereien solcher internationaler Banden können nur schwer von der deutschen Polizei und den Gerichten verfolgt werden. Ernst Benthien

Flyer in Englisch

Nachdem die Bremer Seniorenvertretung zur Information von älteren Menschen mit Migrationshintergrund Flyer in Türkisch und Russisch herausgegeben hat, liegt jetzt auch ein Flyer in englischer Sprache vor. Wir können unsere Flyer schon aus Kostengründen nicht in allen Fremdsprachen anbieten, die inzwischen in Bremen vertreten sind, hoffen jedoch, dass unter den älteren Migrantinnen/Migranten viele sind, die Englisch sprechen können, so dass wir sie mit Informationen über unsere Arbeit erreichen.

Die Flyer der Bremer Seniorenvertretung sind abrufbar in der Geschäftsstelle im Tivoli-Hochaus, 4.Etg., Z.14, Bahnhofsplatz 29, 28195 Bremen,Tel: (0421) 361 67 69, seniorenvertretung@soziales.bremen.de GF



Anzahl der Bremischen Bürger/-innen im Alter von 60-plus

Nach den Bürgerschaftswahlen muss sich die Seniorenvertretung in der Stadtgemeinde Bremen neu konstituieren. Ein Teil der Delegierten wird von den Ortsamtsbeiräten auf der Basis von jeweils einem Delegierten für 4.000 Seniorinnen/Senioren im Stadtteil gewählt und entsandt. In diesem Zusammenhang erhält die SV aktuelle Zahlen der Menschen in den Stadtteilen, die 60 Jahre und älter sind.

Stadtteil	60 Jahre und älter
Mitte	3.477
Häfen	22
Neustadt	8.531
Obervieland,	10.405
Huchting	8.403
Woltmershausen	3.351
Seehausen	227
Strom	123
Östl.Vorstadt	6.342
Schwachhausen	11.363
Vahr	7.578
Horn-Lehe	7.469
Borgfeld	2.073
Oberneuland	4.502
Osterholz	9.997
Hemelingen	10.230
Blockland	124
Findorff	6.572
Walle	6.062
Gröpelingen	7.137
Burglesum	10.173
Vegesack	9.524
Blumenthal	8.290
Insgesamt:	141.975

(**Quelle:** Statist.Landesamt Bremen)

Impressum

Landesseniorenvertretung
Tivoli-Hochhaus, 4.Etage, Z.14
Bahnhofsplatz 29
28195 Bremen,
Tel.: (0421) 3 61 67 69
E-Mail: Seniorenvertretung@soziales.bremen.de
www.seniorenlotse.bremen.de/senioren-vertretung

Der **DURCHBLICK** ist das Mitteilungsblatt der Seniorenvertretungen im Lande Bremen

Redaktion:
Gerd Feller (V.i.S.d.P)
E-Mail: gerd.h.feller@nord-com.net

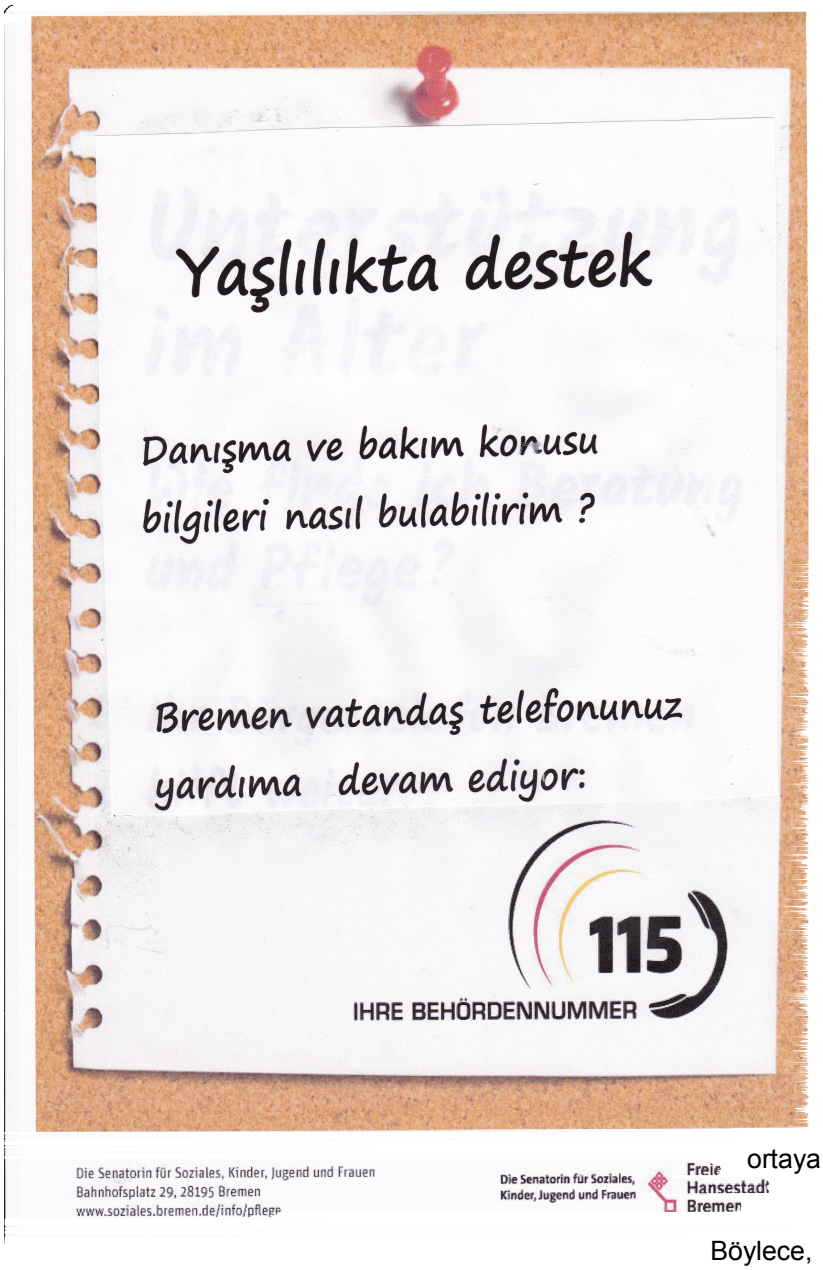
Der **DURCHBLICK**
erscheint monatlich auch im Internet unter
www.seniorenlotse.bremen.de/senioren-vertretung/Durchblick

Redaktionsschluss: Jeweils der 15. des Monats, der dem nächsten Erscheinungstermin vorausgeht.

Vatandaşlar telefonu uygulaması hazır ve işlevsel.

Kamu dairelerinde telefonla bilgi aradıysanız, ya yanlış bir bağlantı olmuş ya da beklemeye alınmışsınızdır. Ocak 2011 yılından itibaren Vatandaşlar telefonu (Bürgertelefon- BTB) Bremen´de 115 numaralı telefon hattı ile hizmete başladı. 115 hattı ile vatandaşlar için 361-0 Bremen yönetimi merkezi telefonuna hızlı erişim sağlanmıştır. Kim, örneğin, adres değişimi, pasaport için başvuru, büyük çöp kutuları siparişi veya başka bir resmi bilgi edinmek istiyorsa ve bunun yerine getirilmesi için ne gibi formalitelere gerek varsa, doğru yerlere doğrudan bağlanabiliyor.

Zaten Mart 2011 den bu yana , 115 hattı ülke genelinde kabul edilip o zamandan beri genişletildi. Bremen genelinde 80 eleman ile bu tesis , vatandaşlar için resmi dairelere daha iyi bir erişilebilirlik , birinci elden bilgi, yüksek kalitede bilgi ve nihai işlemler için garantiyi daha ilk temasta sağlar. BTB den yararlanan Bremen Eyaleti hizmet dairelerinde çalışanlarınında işleri bu yönde hafiflemiş oluyor çünkü vatandaşların standart soru ve istekleri sayısı azalmıştır. Ayrıca, birçok mesele (yaklaşık% 65) daha ilk temasda halolmuş olabiliyor. Bunlar 2014 vatandaş anketi sonuçları. Bu anket yaşlı insanlarda artan bir bilgi ihtiyacı olduğunu çıkarmıştır. Onlar nadiren bir internet bağlantısına sahip ve bilgi için telefonu tercih ediyorlar. ortaya Böylece, BTB resmi işlemlerde, örneğin işlemlerin yürütülmesinde Bremen yaşlıları için iyi bir yardım, ve ayrıca özellikle yaşlanma ,iletişim yerleri, ikamet, bakım ve yaşlı bakımı konularında danışma ile ilgili sorular üzerine bilgi vermektedir. Bu bağlamda BTB çalışanları doğrudan danışmanlık yapmıyor fakat örneğin kişileri yetkili organlara, en yakın hizmet merkezine (Dienstleistungszentrum- DLZ) veya yardım konusunda diğer kamu yetkililerine bağlamaktadırlar.



BTB ekibi 115 ,yüksek kalite gereksinimlerini karşılamak zorundadır:

1. Bilgi akışı pazartesinden cumaya kadar saat 08:00 18:00 arasındadır.
2. Telefon aramalarının en az % 75 i 30 saniye içinde kabul edilmeli.
3. Başvuruların en az % 65 i doğrudan cevaplandırılıp sonuçlandırılmalıdır (aracı olma sonuç olarak sayılmaz)
4. Yönlendirme durumunda arayana geribildirim24 saat içinde yapılmalıdır.

BTB uygulaması yanı sıra Bremen Vatandaşları için internet girişi dışında daha üç düzey bilgilendirme mevcut: 115 (sabit hat dakikası 7 sent)
361-0 yerel fiyat
Bürger Service Center kişisel hizmet olarak

Gerd Feller

(Das Bürgertelefon ist eingerichtet und funktioniert, Durchblick Nr.185, S.3)

Emeklilikten esnek tasarım Gereksinimleri - BAGSO Kurulu Almanya Başbakanı Merkel ile görüşmede

Merkel ile konuşmada, bireysel ve esnek çözümler için Yaşlılar Örgütleri Federal Birliği (BAGSO) Yönetim Kurulu ile bir röportajda emekliliği dile getirdi. BAGSO Başkanı Prof. Dr. Ursula Lehr görüşmede pozisyon kağıdını uzattı , her iki işgücü piyasası politikalarının yanı sıra emeklilik sisteminde gerekli ayarlamaları içermekte: birincil hedefi olanların sosyal sigorta faaliyetlerinin yasal emeklilik yaşına kadar yaklaşık gidiyor artırmak için payını arttırmak için olmalıdır; Şu anda oran sadece % 25'tir. Seçenekleri, kademeli bir geçiş var da geliştirilmiş denetim girdisi yaş da bulunmaktadır. Ama BAGSO dernekleri de artık çalışmak istiyorum ve o kim ve yapma yeteneğine sahip olmayanlar arasındaki toplumsal denge diyoruz. Bu nedenle, kamu emeklilik sisteminin tam emekliler (daha fazla) istihdam işverenlerin yarısı katkı sağlamak için ödemekle yükümlüdürler (sözde. İzole işveren katkısı)ve sakatlık maaşı daha fazla iyileştirme için olmaktır. Tam pozisyon kağıdı www.bagso.de altında indirilir. Koalisyon anlaşmasında, hükümet ortakları esnek geçişler için yasal çerçeveyi geliştirmek için kabul etmişti. 2014 de bu amaçla önerileri geliştirmek için, hem hükümet partilerinin temsilcilerinden oluşan çalışma grubu kuruldu. Federal Başbakanlık at BAGSO Kurulu Ziyaret da 4 Temmuz kadar 2015 Frankfurt am Main 2'den yapılacak 11. Alman Yaşlılar Günü damgasını vurdu.

Daha fazla bilgi için:
Yaşlılar Kuruluşları Alman Ulusal Birliği (BAGSO)
Ursula Lenz, Basın Bürosu
Kaynak: Basın açıklaması 5/2015 BAGSO v 06:05:1(5)

(Anforderungen an eine flexible Gestaltung des Renteneintritts – BAGSO-Vorstand im Gespräch mit Bundeskanzlerin Merkel, Durchblick Nr. 185, S.7/8)

ACİL KUTU
Hızlı bilgi ve hedeflenen yardım için bir araç

Gerçek bir deneyim:
Koca çarşıya çıkmış. Felçlik gerçirmiş yürüyemeyen hanım evde yalnız kalır. Tüm durumlar için kişisel acil müdahale yoktur. Acil durum butonu vücuda taşınmaktadır. Bayan zemin kata inmek ister. Merdivenin yarısında düşer ve ahşap korkuluk demeti üzerinde kafasını çarpar. Ayağa kalkamayan ve sersem düşen bayanın arka kafası feci şekilde kanamaktadır. Bir kan inceltici ilaç, yani Marcumar, oyunda. Neyski yaralı hala alarm düğmesine basabilir durumdadır. On dakika sonra yardım gelir ve acilde bırakılan anahtar ile eve girilir, ilk yardım sağlanır ve doktora haber verilir. O zamana kadar durum ehemmittedir ama sonra sorunlar başlar. Doktor sırayla hastanın durumunu değerlendirmek için her zamanki soruları sorar. Cevaplar yavaşca gelir ve nihayetinde kalır. Alerji, ilaçlar hakkında sorular, önceki hastalıklar yanlış görmüş ya da cevaplandırılamaz. Bu değerli zaman kaybolur, yardımcı ekip, bu uygun bir şekilde yanıt için önce acil durumlarda geçinmek zorundadır, ve bu genellikle herkes için stres anlamına gelir. Böyle acil bir durum genç ve yaşlı için ayarlanmış herhangi bir zamanda ortaya çıkabilir. Onlar zaman ve stres kaybı ile yardımcı ve kayıplara bağlı olmaması gerekir. Tüm bu bilgiler, sağlık mevcut durumu iletilmektedir ve hızla acil servisleri alır, böylece konumlandırılmış bir bilgi deposu gereklidir.
Bu konu ile ilgili Bremen´de acil servis işleten Noci Volbert, kendini geliştirmişdir, ve yurt dışında başarı göstermiş- acilyardım kutusu- ile alakalı tecrübe edinmiştir. Evde yaşayan her kişi için bir acil bilgi notunda tüm sağlık yaşanan sorunlar ile ilgili güncel bilgi veren bir yardımcıdır. Tüm gerçek tabakalar daha sonra yukarıda gösterilen logo ile işaretlenmiş küçük bir kutu içinde saklanır. Kurtarıcıların böyle bilgilerin mevcut olup olmadığından, bis sözleşme yapılır ve gör hizasınd kapının iç tarafına veya buzdolabına bir logo yapıştırılır. Mutfak ve buzdolabı genelde hızla bulunabilir. Acil kutusu buzdolabı kapısının bölmelerden biri içinde yatırılır. Şimdi acil bilgi evde bir firma ve hızlı ulaşılabilir bir yere sahiptir. Ben kutudan duyduğumda, hemen bu yardımcı sistemi katıldım, gelecek tehdit edici ve stresli durumları önlemek için. Acil durum kutusunu devam öneririm. Zorluklar acil bir durumda sadece ortaya çıkmadan önce evde tanıtmak gerekir.
Nico Volbert yetkili servisleri (acil durum hizmetleri, sağlık sigortası, sigorta, vs.) ile görüşerek, Bremen yanı sıra diğer bölgelerdeki hem fikrini yaymak için çalışır. İşte böyle bir acil yardım kutusu ile ilgilenen herkes size tavsiye ederek yardımcı olabirlir.

İletişim: Nico Volbert, Neidenburger Straße 10, 28207 Bremen, Tel:. 200 0421-8400,
Faks: 0421-8400 2020 E-mail: info@notfalldose.de
İnternet: www.notfalldose.de Gerd Feller

(Notfalldose, Durchblick Nr. 184, S.7)

Tercüme: Dipl.jur. Feride Abdeljalil
Editör: Zeynep Sümer
(Mit Unterstützung der Senatskanzlei, Referat Integration)